

Frankfurt am Main, 19. Mai 2011

Offener Brief gegen den Gesetzesentwurf zur „Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn der Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales „zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ in der aktuell vorliegenden Fassung verabschiedet würde, hätte dies nicht nur für die Arbeitsuchenden der Grundsicherung gewaltige negative Auswirkungen, sondern würde sich auf unsere gesamte soziale Stadtgesellschaft deutlich niederschlagen.

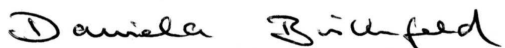
Der Grundsatz des Sozialgesetzbuches II ist das Fördern **und** Fordern. Die in der Ressortabstimmung befindliche Instrumentenreform unterläuft diese Zielsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende, denn niedrigschwellige Angebote für arbeitsmarktferne Frauen und Männer stehen danach nicht mehr zur Verfügung.

Auch hinsichtlich der Fachkräfteverknappung und der demographischen Entwicklung müssen wir weiter das gesamte Potential der erwerbsfähigen Hilfeempfänger berücksichtigen und die Möglichkeit haben, mit geeigneten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen deren Integration in Arbeit fördern zu können.

Deshalb habe ich unter anderem die großen Frankfurter Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger eingeladen. Gemeinsam haben wir uns auf einen offenen Brief verständigt, um für die Interessen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und für die gesamte Frankfurter Stadtgesellschaft einzutreten.

Über Ihre Unterstützung gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
Stadträtin